

LABOUR LEGT BEI WAHL STARK ZU

► Entgegen allen Erwartungen fügt Labour-Chef **Jeremy Corbyn** (68) der britischen Premierministerin Theresa May bei der Parlamentswahl in Großbritannien eine schwere Niederlage zugefügt.

► Er hat einen hervorragenden **Wahlkampf** hinter sich. Anfangs als unbeholfen und taktisch ungeschickt auftretender Politiker belächelt, hat sich Corbyn über die letzten sieben Wochen gemauert. Im Gegensatz zu May, die ihren Wahlkampf auf immer gleichen Slogans und Plattitüden aufbaute, redete Corbyn über politische Inhalte, versprach ein



Ende der Sparpolitik und warb für die Nationalisierung von Bahn, Post und Energieunternehmen.

► Besonders sein Versprechen, die Studiengebühren abzuschaffen, hat zu einer Mobilisierung der Jungwähler zwischen 18 und 24 Jahren geführt. Die deutlich **verstärkte Wahlbeteiligung** in dieser Altersgruppe ist einer der entscheidenden Faktoren dafür, dass Labour ihren Stimmanteil auf 40 Prozent, nur zwei Punkte hinter den Konservativen, anheben konnte. Corbyns Verbleib im Amt des Oppositionsführers gilt als sicher.

► Und vielleicht bekommt er eine Chance, selbst eine **Minderheitsregierung** auf die Beine zu stellen, sollte May eine Vertrauensabstimmung verlieren. Eine informelle Allianz aus Labour, Liberaldemokraten und schottischen Nationalisten von der SNP wäre allerdings brüchig und hätte nicht genug Mandate für eine stabile Mehrheit. Doch die Konventionen der ungeschriebenen britischen Verfassung gebieten, dass dem Oppositionsführer zumindest die Chance einer Regierungsbildung eingeräumt wird, bevor es zu Neuwahlen kommt.

(jwi)

Wann starten die Verhandlungen?

Die EU will am 19. Juni beginnen – May gibt sich zuversichtlich, dass sie das einhalten kann. Sie werde sofort eine neue Regierung bilden, ist ihre Botschaft wenige Stunden nach dem Wahldebakel. Tatsächlich tickt die Uhr für beide Seiten: Nur bis Ende März 2019 läuft die Frist, ein Abkommen über die Trennung und die Eckpunkte der künftigen Beziehungen zu schließen.

Wo liegen die ersten Hürden?

Die EU will drei hoch komplizierte Themen rasch klären. Erstens verlangt sie Garantien, dass die rund 3,2 Millionen EU-Bürger in Großbritannien mit allen Rechten so weiterleben können wie bisher. Zweitens will sie eine Abschlussrechnung für die britische EU-Mitgliedschaft aushandeln, die nach inoffiziellen Zahlen bis zu 100 Milliarden Euro betragen soll. Drittens will die EU eine harte Grenze zwischen ihrem Mitglied Irland und dem britischen Nordirland vermeiden.

Wo muss May jetzt besondere Rücksicht nehmen?

Der von ihr angestrebte Pakt mit der nordirischen DUP rückt vor allem die irische Frage in den Mittelpunkt. Seit dem Ende des Bürgerkriegs in Nordirland ist die Insel ein gemeinsamer großer Wirtschaftsraum. Künftig wird eine EU-Außengrenze sie teilen. Die große Frage ist: Wie verhindert man eine Trennung? Denn diese könnte alte Konflikte aufreißen zwischen Protestanten und Katholiken, zwischen jenen Nordiren, die zu Großbritannien gehören wollen, und denen, die nach Unabhängigkeit oder Vereinigung mit Irland streben.

FRAGEZEICHEN VOR BREXIT-GESPRÄCHEN

Was bedeutet das Wahlergebnis für die Brexit-Verhandlungen?

Harter Brexit? Weicher Brexit? Die Botschaft der britischen Wähler ist nicht einfach zu entziffern. Letztlich seien innenpolitische Gründe wahlentscheidend gewesen und nicht der nahe EU-Austritt, sagt Experte Fabian Zuleeg vom European Policy Centre in Brüssel. Klar ist aber, dass May für ihre bisher sehr harte Verhandlungslinie gegenüber der EU keine eigene Mehrheit hat. Sollte ihr die gewünschte Regierungsbildung mit Hilfe der nordirischen Partei DUP gelingen, wird dies auch die Position zum Brexit prägen.

Wie reagiert die EU auf den Wahlausgang?

Die Spitzen von EU-Kommission und Rat geben sich – ebenso wie die Bundesregierung – maximal diplomatisch und beteuern, man stehe für Brexit-Verhandlungen jederzeit bereit, sobald es die britische Seite einrichten könne. Aber das Echo aus dem Europaparlament ist verheerend. Und fast alle scheinen einig: Die Verhandlungen werden nun nicht einfacher.

Wie steht die EU überhaupt zu May?

Ursprünglich sah man die Konservative als Pragmatikerin, zumal sie früher einmal gegen den Brexit war. Aber im Wahlkampf wurde die Stimmung zunehmend gereizt. London war „not amused“ über in Brüssel gestreute Informationen, May sei planlos und weltfremd. Brüssel wiederum zeigte sich irritiert über Mays Drohung, die Verhandlungen notfalls platzen zu lassen und die EU ohne Vertrag Knall auf Fall zu verlassen. Die gängige Lesart in Brüssel: Das würde beiden Seiten massiv schaden, vor allem aber Großbritannien.

Deutschland ist in der Verantwortung

BREXIT Alexander Graf Lambsdorff: Die Verhandlungen werden nicht einfacher

Von Lars Hennemann

DARMSTADT. Der Ausgang der Parlamentswahl in Großbritannien wird nach Ansicht des stellvertretenden Vorsitzenden des Europäischen Parlamentes, Alexander Graf Lambsdorff (FDP), die Brexit-Verhandlungen nicht einfacher machen, da die britische Seite geschwächt und nervös in Brüssel erscheinen wird. Premierministerin Theresa May sei in die gleiche Falle getappt wie ihr Vorgänger David Cameron und werde nun von den Hardlinern in der konservativen Partei getrieben. Bei Oppositionsführer Jeremy Corbyn sei aufgrund seiner „extrem linken Grundhaltung“ sogar nicht auszuschließen, dass er über den

Brexit hinaus den Austritt aus der Nato fordere: „Er ist wie eine Mischung aus Oskar Lafontaine und Sahra Wagenknecht“, sagte Lambsdorff den Zeitungen der VRM auf einer Veranstaltung in Seeheim-Jugenheim bei Darmstadt.

Lambsdorff sieht Deutschland mehr denn je in der Verantwortung, auf Frankreich zuzugehen. Nach den Parlamentswahlen in Frankreich und Deutschland sei der Weg vier Jahre lang in beiden Staaten für grundlegende Reformen frei. Der FDP-Politiker forderte in diesem Zusammenhang den Umbau von Europol zu einer Behörde mit echten Kompetenzen nach dem Vorbild des Wiesbadener Bundeskriminalamtes. Bisher sei Europol nur eine zahn-



Alexander Graf Lambsdorff ist stellvertretender Vorsitzender des Europäischen Parlamentes.

Foto: hbz/Harald Linnemann

lose „Datensammelstelle“: „Das führt dazu, dass ein Terrorist über die Slowakei einreisen, sich an der Autobahn bei Nürnberg Waffen besorgen, in Brüssel wohnen und in Paris zuschlagen kann.“ Terroristen hielten sich nun einmal nicht an die Zuständigkeitsgrenzen von Länderbehörden, also brauche Europa eine europäische Polizei. Gleiches gelte für die Agentur Frontex, die die Außengrenzen überwacht: „Deutschlands Außengrenzen sind die griechischen Inseln.“ Frankfurt und der Rhein-Main-Region werden nach Ansicht Lambsdorffs aufgrund des Brexits eine deutlich gestiegene Bedeutung zukommen. „Allein die Großbanken JP Morgan, Goldman Sachs und HSBC werden

10000 bis 20000 Stellen verlagern.“ Sowohl die Clearing-Regeln für den Handel zwischen Banken als die Vorschriften für die europäische Bankenaufsicht machten dies notwendig. „Rhein-Main wird also noch internationaler und weltoffener werden, auch durch Familien, Schulen und Institutionen.“ Lambsdorff warnte allerdings vor Überheblichkeit: „Man blickt in Europa auf uns wie man in Deutschland auf den FC Bayern München schaut. Man respektiert uns wegen unserer Leistungsfähigkeit und Professionalität, aber deshalb schätzt man uns nicht automatisch.“ Deutschlands Rolle sei nicht die des einsamen Superstars, sondern die der „dienenden Führung“.